

Flüchtlingsausienpolitik und Migrationsprävention

Ein Grundlagenpapier zuhanden der politischen Abteilung IV
(Menschenrechts- und humanitäre Politik),
Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheiten

von

PD Dr. Andreas Wimmer

1 Migrationsprävention:

Ein neuer Fokus der Weltinnenpolitik

Internationale Migration gehört neben der Umweltproblematik zweifelsohne zu den grössten Herausforderungen an die Weltinnenpolitik. Laut Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) lebten im Jahre 1994 rund 120 Millionen Menschen ausserhalb der Grenzen ihres Landes, d.h. annähernd 2% der Weltbevölkerung.¹ Davon wurden fast 25 Millionen Menschen als Flüchtlinge vom UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge betreut. Beachtenswert ist ferner die Abnahme der Migrationen innerhalb der entwickelten Welt und die teilweise rapide Zunahme der Einwanderung aus der Dritten Welt. Zwischen 1960 und 1990 verdreifachte bis vervierfachte sich je nach Schätzung die jährliche Zahl der Personen, welche aus dem Süden in den europäischen Raum einwanderten.² Der Kulminationspunkt der Immigration über den Asylweg war in den meisten Ländern im Jahre 1992 erreicht. Aufgrund der hartnäckigen Arbeitslosigkeit auch in den reichen OECD-Staaten und der allgemeinen Verunsicherung über die künftige Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens herrscht derzeit die Meinung vor, dass eine weitere Zunahme der Einwanderung sozial und ökonomisch nicht zu verkraften wäre.

In diesem Kontext ist die Idee der Migrationsprävention zu situieren, d.h. die Vorstellung, durch die Beeinflussung der Rahmenbedingungen in der Dritten Welt und im östlichen Europa die eigentlichen Ursachen der Wanderungsbewegungen anzugehen und den Migrationsstrom gleichsam an der Quelle "einzudämmen" – und nicht erst mit grenzpolizeilichen Mitteln im Norden in andere Richtungen zu lenken. Die Strategie der Migrationsprävention geht also von der Einsicht aus, dass internationale Wanderung im umfassenderen Zusammenhang der Nord-Süd- und Ost-West-Beziehungen sowie von Prozessen ökonomischer und politischer Entwicklung zu sehen ist. Migrationsdruck³ kann deshalb nur mit Hilfe einer integrierten und kohärenten Strategie der Entwicklungszusammenarbeit und Konfliktprävention verringert werden.

Seit Mitte der achtziger Jahre sind verschiedene Vorstösse in Richtung Migrationsprävention unternommen worden.⁴ Auf der Ebene *internationaler Organisationen* sind insbesondere zu erwähnen: die intensivierten Bemühungen des UNHCR, durch präventive Massnahmen wie Friedenserhaltung und Frühwarnsysteme Massenfluchtbewegungen zu verhindern oder jedenfalls die



ortsnahe Ansiedlung der Flüchtlinge zu ermöglichen;⁵ die 1992 in Genf abgehaltene gemeinsame Konferenz von UNHCR und ILO zum Thema "International aid as a means to reduce the need for emigration";⁶ ferner die von der OECD, Kanada und Spanien in Madrid organisierte Konferenz zum Thema "Migration and International Co-operation: Challenges for OECD Countries".⁷ Kürzlich wurde der Generalsekretär der UNO in der Folge der Bevölkerungskonferenz von Kairo beauftragt, einen Bericht über den Zusammenhang zwischen internationaler Migration und Entwicklung zu erstellen und abzuklären, ob eine internationale Konferenz zum Thema wünschenswert sei.⁸ Zur Zeit scheint eher Skepsis gegenüber der Abhaltung einer weiteren Veranstaltung in der Grössenordnung von Rio, Kopenhagen, Kairo und Peking zu bestehen. Das Thema Migrationsprävention und Entwicklung wird jedoch in jedem Fall auf der Tagesordnung der internationalen Organisationen weit oben figurieren.

Auch der *Europarat* und andere *intergouvernementale Konsultativorgane* haben sich mit Migrationsprävention befasst und entsprechende "Strategieplattformen" und Absichtserklärungen verabschiedet.⁹ Eine weitere regionale Initiative wird von der ILO getragen. Im Rahmen des "Maghreb programme" werden Diskussionen zwischen den wichtigsten nationalen und multinationalen Gebern sowie Vertretern der Behörden Algeriens, Marokkos und Tunesiens organisiert mit dem Ziel, integrierte Entwicklungsprogramme zur Verringerung von Migrationsdruck zu gestalten.

Die *Regierungen einiger Länder des Nordens* haben Arbeitsgruppen eingesetzt, welche migrationspräventive Massnahmen vorschlagen sollen, beispielsweise die *US Commission for the Study of International Migration and Cooperative Economic Development*. In anderen, insbesondere europäischen Staaten wird Migrationsprävention als Element einer umfassenderen, noch auszuformulierenden Migrationspolitik behandelt.¹⁰

Auch in der *Schweiz* ist diesbezüglich einiges in Bewegung geraten. So weist der Bundesrat in seinem Nord-Süd-Leitbild explizit auf den Zusammenhang zwischen Entwicklung und Migration hin und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass eine umfassende schweizerische Entwicklungsstrategie langfristig zu einer Verringerung des Migrationsdrucks im Süden und Osten beitragen könnte. In der *Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern* vom 20. April 1994 wird darauf hingewiesen, dass eine Abstimmung verschiedener aussenpolitischer und

aussenwirtschaftlicher Instrumente nötig ist, um migrationspräventive Wirkungen zu erzielen (S.52). Gleichzeitig wird die Möglichkeit eingeräumt, für die Entwicklungszusammenarbeit Schwerpunktländer mit hohem Migrationsdruck zu wählen (S.66).

Auch im Parlament sind Stimmen laut geworden, welche energische Massnahmen der Migrationsprävention fordern. Das Postulat Mühlemann vom 6.12.1988 sowie die Motion Stamm vom 24.3.1995 zielen beide darauf ab, die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe konsequent auf die Ursprungsländer von Migranten und Gewaltflüchtlinge auszurichten. Der ehemalige Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge (BFF) Peter Arbenz fordert in seinem vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Bericht über eine zukünftige Migrationspolitik der Schweiz ebenfalls, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe dem Ziel der Migrationsprävention zu verpflichten.¹¹

Auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene hat die Idee der Migrationsprävention also an Bedeutung gewonnen. Eine Durchsicht der Literatur ergibt, dass entsprechende praktische Erfahrungen ebenso spärlich sind wie wissenschaftlichen Analysen zum Thema. Es handelt sich um ein verhältnismässig neuartiges Politikfeld. Der folgende Bericht setzt sich zum Ziel, die verschiedenen Instrumente der Migrationsprävention vorzustellen und im Lichte bisheriger Erfahrungen zu evaluieren.

Als wichtigste Bereiche werden in der gegenwärtigen Diskussion die Kriegs- und Konfliktprävention genannt, welche Massenflucht verhindern sollen; ebenfalls in diesen Bereich gehören die Bemühungen, Kriegsvertriebenen die Ansiedlung im Ursprungs- oder Erstaufnahmeland zu erleichtern und effizientere Rückkehrprogramme zu entwickeln. Als zweiter Bereich ist die Aussenwirtschaftspolitik zu nennen, auf welche die Schlagworte "Handel anstatt Wanderung" sowie "Investition statt Migration" abzielen. Der dritte Schwerpunktbereich bildet die Entwicklungszusammenarbeit, die beispielsweise mit der Förderung arbeitsintensiver Kleinbetriebe zur Verringerung des Migrationsdrucks beitragen könnte.¹²

2 Flüchtlingspolitik: Konfliktverhinderung und Hilfe vor Ort

In den letzten Jahren zeichnet sich unter Fachleuten ein Konsens darüber ab, dass das weltweite Flüchtlingsproblem nur durch eine massive Verbesserung präventiver Massnahmen, durch die Einrichtung von Frühwarnsystemen sowie die Verbindung von Flüchtlingshilfe und Entwicklungsprogrammen für Rückkehrer zu bewältigen ist.¹³

Als wichtigste *präventive Massnahmen* gelten die Förderung von Demokratisierungsprozessen und Rechtsstaatlichkeit im Süden und Osten. Demokratien neigen erwiesenermassen weniger dazu, internationale Kriege zu provozieren¹⁴ und können eher für die Einhaltung von Menschenrechtsstandards garantieren.¹⁵ Die Konditionalität bei der Vergabe von Entwicklungskrediten und anderen Formen der Unterstützung wird seit Ende des Kalten Krieges vermehrt eingesetzt, um demokratische Strukturen und gute Regierungsführung zu fördern und damit indirekt Massenfluchtbewegungen zu verhindern.

Allerdings hat die neue Konjunktur des demokratischen Staatsideals auch dazu geführt, dass immer mehr Völker in multiethnischen Staaten wie Äthiopien, Afghanistan, Jugoslawien oder der Sowjet-Union gemäss dem Ideal des demokratischen Nationalstaates Autonomie und Selbstbestimmung zu fordern begannen oder dass an ethnienspezifischer Unterdrückung und Benachteiligung vermehrt Kritik geübt wurde (Ruanda und Burundi). Als Folge davon haben ethnische Konflikte und Kriege massiv an Bedeutung zugenommen.¹⁶ Bei drei Vierteln aller weltweit zwischen 1985 und 1992 geführten Kriegen überwog die ethnonationalistische Komponente.¹⁷ Staatsbildungsprozesse mit den damit einhergehenden Vertreibungen und Konflikten gehören denn auch historisch und weltweit zu den Hauptursachen von Flüchtlingsbewegungen.¹⁸ Das Drama des Zerfalls von Jugoslawien und einiger GUS-Staaten bestätigt die Einsicht, dass Demokratisierung u.U. zunächst einmal zu einer Zunahme von Konflikten führen kann.¹⁹

Um so wichtiger sind Massnahmen, welche Minderheiten- und Nationalitätenkonflikte vor Ingangsetzen der Gewaltspirale lokalisieren und durch diplomatische Aktivitäten zu entschärfen versuchen.²⁰ Das Frühwarnsystem über flüchtlingsgenerierende Konfliktkonstellationen, welches das UNHCR aufzubauen versucht,²¹ wird vielleicht dereinst ein nützliches Präventionsinstrument darstellen.²²

Im europäischen Kontext sind die verschiedenen Aktivitäten der OSZE im Bereich Präventivdiplomatie und Konfliktverhinderung von grösserer Bedeutung. Insbesondere die Einrichtung eines OSZE-Hochkommissariats für Minderheiten stellt einen wichtigen Schritt in Richtung einer effektiveren Konfliktprävention dar. Seine bisherige Tätigkeit gilt allgemein als *die* Erfolgsgeschichte im Panorama konfliktpräventiver Aktivitäten internationaler Organisationen.²³ Weiter bemüht sich das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) mit Sitz in Warschau um die Herausbildung demokratischer Zivilgesellschaften in den Ländern Osteuropas, was langfristig ebenfalls konflikt- und migrationspräventive Wirkung zu entfalten verspricht. Es veranstaltet Seminare über Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Minderheitenrechte, Medienpolitik usw. Ferner dient es als Anlaufstelle für Nicht-Regierungs-Organisationen und führt Wahlbeobachtungen durch, an denen sich die Schweiz mit einem Kontingent von 120 ausgebildeten Freiwilligen beteiligt.

Allgemein stellt die OSZE für die neutrale und weder in der EU noch in der UNO integrierte Schweiz das geeignete Forum dar, um zur Konfliktverhinderung im europäischen Raum beizutragen. Die Schweiz wurde bisher insbesondere im Bereich Minderheitenschutz aktiv. Dem von ihr angeregten Genfer OSZE-Treffen von 1991 war zwar aufgrund der Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien kein Erfolg beschieden, bereitete aber die im März 1995 in Paris unterzeichnete OSZE-Erklärung zu den Rechten von Minderheiten vor. Auch in der Ausarbeitung des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarats spielte die schweizer Diplomatie eine bedeutsame Rolle. 1996 wird die Schweiz den Vorsitz in der OSZE übernehmen und sich intensiv mit den verschiedenen friedenserhaltenden Langzeitmissionen sowie wahrscheinlich mit einem Rehabilitationsprogramm für Bosnien auseinandersetzen.

Über diese Zeit hinaus könnte die Schweiz – auch im Sinne einer langfristigen Migrationsprävention – ihren bisherigen Einsatz für die Verhinderung von Nationalitätenkonflikten und die rechtliche Verankerung von Minderheitenschutz²⁴ verstärken. Auf diesem Gebiet besitzt sie anerkanntermassen einige Erfahrung und ein hohes Mass an Glaubwürdigkeit, auch wenn sich das hierzulande entwickelte Modell der friedlichen Konfliktaustragung und föderalistischen Konkordanzkultur²⁵ kaum *tel quel* exportieren lässt, wie dies verschiedentlich vorgeschlagen wurde.

Das Scheitern in Jugoslawien hat überzogene Erwartungen in die Präventivdiplomatie, wie sie Ende des Kalten Krieges unter dem Stichwort der "Neuen Weltordnung" formuliert worden waren, relativiert. Es muss auch zukünftig damit gerechnet werden, dass die Welt ein Flüchtlingsproblem immensen Ausmasses kennen wird. Ein weiterhin notwendiges Instrument der Flüchtlingspolitik stellt die *Ansiedlung und Betreuung im Erstaufnahmeland* dar, wie sie vor allem vom UNHCR und IKRK unterstützt und organisiert wird. In diesem Bereich ist auch die schweizerische Katastrophenhilfe seit ihrer Gründung aktiv, in jüngster Zeit vor allem in Jugoslawien. Bis Ende 1994 hatte die humanitäre Hilfe des Bundes bereits ca. 120 Millionen Franken für Ex-Jugoslawien aufgewendet. Dies stellt den grössten Betrag dar, der in der Geschichte der humanitären Hilfe der Schweiz für eine einzelne Konflikt- oder Katastrophenregion je ausgegeben wurde.

In den letzten Jahren hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass solche Massnahmen direkt mit Entwicklungsprojekten zu kombinieren seien, welche ein Absinken in die langfristige Hilfsbedürftigkeit verhindern und die Wiederansiedlung in der Ursprungsregion erleichtern. *Nothilfe, Wiederaufbau, nachhaltige Entwicklungsprogramme und langfristige Friedenssicherung* sind Teil eines Kontinuums, und eine umfassende Flüchtlingspolitik trägt diesem Umstand Rechnung.²⁶ Das UNHCR beispielsweise versucht in jüngster Zeit mit "schnellen Wiederaufbauprogrammen" verbesserte ökonomische Bedingungen für Rückkehrer zu schaffen. In Zusammenarbeit mit der Weltbank und dem Uno-Entwicklungsprogramm UNDP, das sich zunehmend auch in eigener Regie mit der Flüchtlingsproblematik zu beschäftigen beginnt, werden anschliessend langfristige Entwicklungsprojekte geplant. Eine vermehrte Abstimmung und Verknüpfung zwischen schweizerischer Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe wäre wünschenswert. Die Koordination der Jugoslawienprojekte, welche gegenwärtig vom Interdepartementalen Komitee für internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe durchgeführt wird, könnte dabei als Modell dienen.²⁷

3 Aussenwirtschaftspolitik: Handel und Investition statt Wanderung?

Insbesondere in den USA, wo aufgrund von Budgetbeschränkungen an eine Aufstockung von Geldern für die Entwicklungszusammenarbeit nicht zu denken ist, hat die Losung "Handel statt Migration" viele Anhänger gefunden.²⁸ Tatsächlich würde die Liberalisierung des Welthandels den dynamischeren Volkswirtschaften des Südens und Ostens Wachstumsimpulse verleihen, welche sich auch in einer Verringerung des Migrationsdrucks niederschlagen könnten. Der *Abbau der Zollhürden rund um die OECD-Länder* um dreissig Prozent, wie in der Uruguay-Runde des GATT beschlossen, verspricht den Entwicklungsländern einen Einkommensgewinn von 90 Milliarden US\$²⁹ – die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe betrug dagegen im Jahre 1994 53 Milliarden US\$. Die Weltbank schätzte, dass eine 50-prozentige Reduktion der Handelsschranken den Entwicklungsländern eine Steigerung der Exporte um 15 Prozent bringen würden, die meisten davon im arbeitsintensiven Manufakturbereich, also bei Textilien, Bekleidung, Schuhen und Möbeln.³⁰

Gerade für arbeitsintensive Produkte bestehen allerdings die meisten nicht-tarifären Handelshemmnisse, welche auch durch das GATT nicht vollständig beseitigt werden. Die Importschranken für Stahl aus Osteuropa sind beispielsweise im EG-Bereich trotz weiterer Handelsliberalisierungen gross, ebenso für landwirtschaftliche Produkte,³¹ wo der Marktzugang zudem durch indirekte Unterstützungsmassnahmen erschwert wird.³² Gerade die geschützten, strukturschwachen Wirtschaftszweige fragen jedoch billige, auch illegale ausländische Arbeitskräfte nach und verstärken damit den "Pull"-Effekt internationaler Migration.

In diesem Bereich wären also auch für eine schweizerische Aussenhandelspolitik zugunsten des Südens und Ostens weitere Initiativen denkbar. Inwieweit setzen sich jedoch Handelsgewinne und eine entsprechende Erstarkung des manufaktoriellen Sektors überhaupt in eine Verringerung des Migrationsdrucks um? Die wenigen empirischen Studien zu diesem Thema kommen zu einem unerwarteten Ergebnis.

Dauerhafte Marktöffnung und eine entsprechende Erstarkung des exportorientierten Manufaktursektors führen selbst bei nachhaltigen Wachstumseffekten zunächst einmal zu einer Verstärkung von Wanderungsbewegungen.³³ Die Ursa-

chen dafür sind nicht vollständig klar – wahrscheinlich führt Handelsöffnung zu einer Dynamisierung der Wirtschaft und Gesellschaft, welche die Fähigkeit und das Bedürfnis zur internationalen Migration schneller steigen lassen als die Absorptionskapazitäten der Exportindustrie. Eindeutig ist jedoch, dass die Menschen meist den Waren "folgen", die ihr Land exportiert. Erst auf einem sehr hohen Niveau exportinduzierten Wachstums und bei einer markanten Hebung des Lebensstandards auch breiterer Bevölkerungskreise nimmt – wie in den südostasiatischen Schwellenländern – der Migrationsdruck ab. Die meisten dieser Länder sind inzwischen zu Nettoimporteuren billiger Arbeitskräfte aus dem südostasiatischen Raum geworden. Handelsliberalisierung und erleichterter Marktzugang führen also erst langfristig zu einer Verringerung des Migrationsdrucks.³⁴

Als weiteres Instrument der Migrationsprävention werden *ausländische Direktinvestitionen und ihre staatliche Förderung* durch Investitionsschutzabkommen, Investitionsrisikogarantien, fiskalische Anreize, Informations- und Promotionsaktivitäten genannt. In diesen Bereich fallen die schweizerische Exportrisikogarantie ebenso wie das European Community's Investment Partners-Programm, welches 1988 mit dem Ziel eingerichtet wurde, Investitionen am Südrand des Mittelmeers zu fördern. Verschiedene internationale und nationale Organisationen haben ähnliche Programme ins Leben gerufen.³⁵

Am massivsten fielen die japanischen Investitionen in Südostasien aus, welche nach der markanten Aufwertung des Yens Mitte der achtziger Jahre einsetzten. Berechnungen zufolge sorgten diese Direktinvestitionen im Umfang von insgesamt 4.7 Milliarden US\$ in Indonesien für 0.95, in Malaysia für 6.6, in den Philippinen für 1.07 und in Thailand für 3.5 Prozent des gesamten Arbeitsplatzangebots im Manufakturbereich.³⁶ Nur bei massivem Zufluss von produktivem Kapital³⁷ kann also ein Effekt auf die Gesamtbeschäftigung erzielt werden.³⁸

Um den Migrationsdruck tatsächlich verringern zu können, wären deshalb die Investitionen um ein Vielfaches zu erhöhen: Vorsichtige Schätzungen bezüglich der Türkei ergaben, dass Investitionen von US\$ 18.5 Milliarden nötig gewesen wären, um die Arbeitslosigkeit in den Jahren 1981-85 wirksam zu bekämpfen.³⁹ Ähnliche Berechnungen für Zentralamerika (ohne Mexiko) beliefen sich auf eine Summe von jährlich 2 Milliarden US\$.⁴⁰ Schätzungen des ILO zufolge werden bis zum Jahre 2025 jährlich 38 Millionen Menschen im Süden neu eine Arbeit suchen.⁴¹ Bei Investitionskosten pro Arbeitsplatz zwischen 14'000 und 30'000

US\$⁴² wären weltweit jährlich zwischen 532 und 1140 Milliarden US\$ Investitionen zu tätigen, um die neueintretenden Arbeitskräfte im formellen Sektor zu beschäftigen.

Es wäre jedoch illusorisch, auf die ausgleichende Wirkung des Marktes zu vertrauen und zu hoffen, dass diese Investitionen dereinst ihren Weg zu den billigen Arbeitskräften des Südens und Ostens finden werden, wenn nur die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen genügend liberalisiert würden. Dieser Vorstellung gemäss würde sich dadurch langfristig eine weltweite Egalisierung der Lohn- und Lebensverhältnisse ergeben, und der Migrationsdruck tendierte gegen Null. Die bisherigen Erfahrungen mit der Investitionspraxis multinationaler Konzerne lassen an derartigen ökonometrischen Visionen zweifeln.

Denn viele Länder des Südens und viele ehemals kommunistische Staaten des Ostens haben auf dem Markt der Standorte für Investitionen keine Chance. Der Anteil der Entwicklungsländer an den weltweiten Auslandsinvestitionen sinkt ständig, allein im Zeitraum zwischen 1985 und 1990, als in vielen Volkswirtschaften beträchtliche Liberalisierungsbemühungen unternommen wurden, von 25 auf 17 Prozent. Davon fielen wiederum drei Viertel auf nur zehn Entwicklungsländer, mit Ausnahme Ägyptens und Chinas allesamt Schwellenländer.⁴³ Versuche, diese Trends durch staatliche und multinationale Investitionsförderungsprogramme umzudrehen, dürften kaum von Erfolg gekrönt sein, da multinationale Investoren gemäss Rentabilitäts- und Risikoabwägungen Entscheidungen fällen. Nur wenige Länder des Südens und Ostens können in überschaubarer Zukunft bezüglich Infrastruktur, politischer Stabilität und Marktnähe genügend attraktive Rahmenbedingungen anbieten.

4 Entwicklungspolitik: Förderung eines arbeitsintensiven, nachhaltigen Wachstumsprozesses

Angesichts dieser Tatsachen scheint es um so dringender, durch staatliche *Entwicklungszusammenarbeit* Rahmenbedingungen zu fördern, die einen selbsttragenden, arbeitsintensiven und nachhaltigen Entwicklungsprozess ermöglichen, der das Migrationspotential verringern könnte. Dass nachhaltige Entwicklung langfristig zu einer Abschwächung des Migrationsdrucks führt, zeigen die Erfahrungen der westeuropäischen Industrieländer, beispielsweise der

Schweiz. Bis Ende des letzten Jahrhunderts stellte die Schweiz ein Auswanderungsland dar. Derjenige Teil der Bevölkerung, welcher nicht in den Entwicklungsprozess eingebunden werden konnte, verliess die Schweiz auf der Suche nach einem besseren Leben und siedelte sich in den umliegenden europäischen Staaten, aber auch in Übersee an. Im Rekordjahr 1881 wanderten 11'000 Menschen alleine in die USA aus.⁴⁴ Seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts hat sich dieser Prozess verlangsamt, aber es leben immer noch rund eine Million Schweizerinnen und Schweizer im Ausland – ungefähr ebenso viele wie Ausländer in der Schweiz. Die südeuropäischen Länder, aus denen der Grossteil der Arbeitsmigranten der fünfziger und sechziger Jahre stammte, sind inzwischen ebenfalls zu Immigrationsländern geworden. Der Wanderungssaldo beispielsweise der Italiener in der Schweiz ist aufgrund von Rückwanderungen inzwischen negativ.⁴⁵ Die Erfahrungen der südostasiatischen Schwellenländer bestätigen diesen Befund: Mit zunehmendem Entwicklungsstand sind viele von ihnen zu Nettoimmigrationsländern geworden, nachdem lange Zeit insbesondere qualifizierte Arbeitskräfte im Ausland ihr Glück gesucht hatten. Heute wandern viele dieser Menschen sogar wieder in ihre Heimatländer zurück.⁴⁶

An Vorschlägen, durch die Förderung arbeitsintensiver Entwicklungsprozesse internationalen Wanderungsbewegungen zuvorzukommen, mangelt es nicht: Sie reichen von der Unterstützung beschäftigungsintensiver Kleinbetriebe durch Kredit- und Infrastrukturprogramme⁴⁷ über die Umkehrung des "urban bias" in der Entwicklungspolitik durch Dezentralisierung der staatlichen Ressourcenverwaltung, ländliche Kreditprogramme, Technologiediffusion etc.⁴⁸ zur Flexibilisierung von Arbeitsmärkten durch Einrichtung von effizienteren Informationssystemen und die Aufhebung von Mindestlohnregelungen⁴⁹ bis zu speziellen Programmen für Rückkehrer, welche als Entwicklungskatalysatoren in der Ursprungsregion wirken sollen.⁵⁰

Bisher liegen keine systematischen Evaluationen derartiger Projekte vor. Der Einschätzung eines OECD-Experten zufolge haben sie jedoch kaum die gewünschten Effekte gezeigt,⁵¹ ja in einigen Fällen sogar durch Ausbildungsprogramme und eine Hebung des Lebensstandards den Migrationsdruck eher noch verstärkt, weil die Fähigkeit zur internationalen Wanderung üblicherweise erst mit einem gewissen Bildungsstand und der Verfügung über ein Minimum an Ressourcen gegeben ist. Ausnahmen bilden beispielsweise Programme zur Intensivierung bewässerter Agrarwirtschaft, die bei Erfolg ländliche Arbeitskräfte dauerhaft zu binden vermögen.⁵²

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass der *Zusammenhang zwischen nachhaltiger Entwicklung und Migration nicht linear* ist, im Sinne von je mehr Entwicklung, desto weniger Migration. Denn in wenig entwickelten Regionen sind ebenfalls kaum weiträumige Wanderungsbewegungen zu verzeichnen. Die Bevölkerung ist überwiegend in der Landwirtschaft beschäftigt und verfügt weder über die notwendigen Informationen noch ökonomischen Möglichkeiten, um das Wagnis der Wanderung eingehen zu können. Mit einsetzendem Entwicklungsprozess beginnt die Bevölkerung zu wachsen, werden neue Bedürfnisse geweckt, vergrössert sich die Kluft zwischen Stadt und Land sowie Arm und Reich und somit der Anreiz, in die Städte zu ziehen. Schliesslich entsteht durch Bildungsanstrengungen des Staates häufig ein Überangebot an halbqualifizierten Arbeitskräften, welches durch die nationale Bürokratie und Wirtschaft nicht absorbiert werden kann. Es sind vorwiegend diese jungen und für Dritt-Welt-Verhältnisse gut ausgebildeten Menschen aus den Städten, welche ihr Glück in der transnationalen Migration suchen.⁵³ Erst bei einem hohen Entwicklungsstand vermag die Nationalökonomie und der Staat diese Menschen ins wirtschaftliche und politische Geschehen einzubinden. Entsprechend kehren sich die Migrationsströme um.⁵⁴

Dies bedeutet, dass der Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit zur Migrationsprävention im wesentlichen *indirekt und langfristig* sein muss. Durch die Verbesserung der grundsätzlichen administrativen, politischen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen von Ursprungsländern kann deren Fähigkeit, sich einem schnell wandelnden weltwirtschaftlichen Umfeld anzupassen, wesentlich gestärkt werden. Politikkonzepte, welche partizipative, arbeitsintensive und integrierte Entwicklungsprozesse fördern, tragen langfristig zur Verringerung des Migrationsdrucks bei. Das Argument Migrationsdruck spricht deshalb weniger für eine grundsätzliche Umorientierung und Neuausrichtung, als vielmehr für eine Intensivierung der bisherigen Entwicklungsbemühungen. Allerdings müssten sich diese vermehrt auf jene Regionen konzentrieren, in denen ein langfristig hoher Migrationsdruck besteht.

5 Schlussbemerkungen

Vor dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen und aufgrund verschiedener vergleichender Studien kann der Schluss gezogen werden, dass die Verringerung

von Migrationsdruck ein langfristiges Unterfangen darstellt. Dies gilt sowohl für konfliktpräventive Massnahmen wie die Unterstützung von Demokratisierungsprozessen als auch für die aussenwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Instrumente der Migrationsprävention, beispielsweise die Erleichterung des Marktzugangs in die Industrieländer oder die Entwicklungszusammenarbeit. Kurzfristig fördern sie dagegen die Fähigkeit, die Notwendigkeit und den Willen, in die reichen Länder des Nordens und Westens auszuwandern eher noch. Erst in langfristiger Perspektive und bei nachhaltigem Erfolg können diese Massnahmen Migrationsdruck verringern helfen, indem sie die Lebensbedingungen im Süden und Osten so verbessern, dass eine transnationale Migration unattraktiv wird. Spektakuläre, auf kurzfristige innenpolitische Effekte abzielende Aktionen sind dagegen von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Eine Politik der Migrationsprävention lässt sich in folgende Elemente gliedern:

- Aussenpolitik: langfristig angelegte Konfliktprävention durch Förderung von Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit, insbesondere von Minderheitenschutz; Präventivdiplomatie im Bereich Minderheiten- und Nationalitätenkonflikte.
- Aussenwirtschaftspolitik: Förderung des Marktzugangs für arbeitsintensive Produkte aus dem Süden und Osten.
- Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe: Integration von Nothilfe, Wiederaufbau, Entwicklungsprogrammen für Rückkehrer und Friedenssicherung; Förderung eines selbsttragenden und nachhaltigen Entwicklungsprozesses in Regionen mit langfristigem Migrationsdruck.

Soll Migrationsprävention zukünftig zu einem festen Bestandteil der schweizerischen Aussenpolitik werden, so ist eine verbesserte Zusammenarbeit, Koordination und Kohärenz zwischen aussenpolitischen, flüchtlingspolitischen, aussenwirtschaftlichen, entwicklungspolitischen und humanitären Instrumenten nötig. Eine Abstimmung mit den entsprechenden Bemühungen auf europäischer und internationaler Ebene ist unabdingbar, da angesichts der Dimension der Problematik nur eine gemeinsame Stossrichtung aller Immigrationsländer überhaupt einen Effekt haben kann.

Der vorliegende Bericht sollte deutlich gemacht haben, dass Migrationsprävention nur über Generationen hinweg Erfolg haben kann. Neben der Migrationsprävention ist deshalb eine kohärente und realistische Einwanderungs- und

Integrationspolitik für die Schweiz von vordringlicher Bedeutung. Sie gehört mit ins Zentrum einer umfassenden und zukunftsgerichteten migrationspolitischen Konzeption.

5.11.95

Anmerkungen

¹ Purcell, J. 1995. Foreword. In: Nino Falchi, *International Migration Pressures. Challenges, policy response and operational measures: An outline of the main features*. Genf: IOM, S. 5.

² Vgl. die Zahlen in Zlotnik, H. 1994. *International migration: causes and effects*. In: Laurie Ann Mazur (Hg.), *Beyond numbers*. Washington: Island Press, S. 362f.

³ Zum Konzept des Migrationsdruckes siehe Böhnig, W.R. et al. 1991. *Migration pressure: What is it? What can one do about it?* Genf: ILO, WEP working paper.

⁴ Zur Vorgeschichte gehören die World Employment Conference des ILO von 1976, an der Arbeitsbeschaffung als Alternative zur Emigration propagiert wurde. Ebenfalls zu erwähnen sind die wenig später erfolgten Vorschläge des UNHCR, welche auf eine Repatriierung von ausgewanderten Spezialisten zielte. Allgemein zur Geschichte der internationalen Institutionen im Flüchtlings- und Migrationsbereich siehe J. Wildgren. 1991. *The international refugee and migration regime: Will it serve in the 1990s?* Vortragsmanuskript, The Flechter School of Law and Diplomacy, Tufts University.

⁵ Drühke, L. 1993. *Preventive action for refugee producing situations*. Frankfurt: Peter Lang, Teil II.

⁶ Siehe W.R. Böhnig und M.-L. Schloeter-Paredes. 1994. *Aid in place of migration. Selected contributions to an ILO-UNHCR meeting*. Genf: ILO.

⁷ Viele der Konferenzbeiträge wurden publiziert in OECD. 1994. *Migration and development. New partnerships for co-operation*. Paris: OECD.

⁸ Ein erster Entwurf des Berichts liegt inzwischen vor: Economic and Social Council. 1995. *International migration and development: Economic and environmental questions: reports of subsidiary bodies, conferences and related questions. Report of the Secretary-General* (Dokument E/1995/69).

⁹ Siehe die "Strategieplattform", auf welche sich 16 Länder der Intergovernmental Consultations on Asylum, Refugee and Migration Policies in Europe, North America and Australia geeinigt haben; sowie die Schlussfolgerungen der Fourth Conference of European Ministers Responsible for Migration Affairs in Luxemburg, 1991 (Council of Europe document

MMG-4(91)9, final).

¹⁰ Siehe beispielsweise Swedish Ministry of Labour. 1990. *A comprehensive refugee and immigration policy: An outline from an inter-departmental study group*. Stockholm, S. 48-49. Bundesminister des Inneren. 1990. *Flüchtlingskonzeption*. Bonn.

¹¹ Entsprechende Analysen aus schweizerischer Perspektive enthalten Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheiten. 1987. *Entwicklungszusammenarbeit (und humanitäre Hilfe) angesichts der Migrationsbewegungen in der Dritten Welt*. Bern, Manuskript; G. Pillet und J.-P. de Cristofaro. 1992. *Migrations et aide au développement: les limites actuelles*. EDA, Manuskript. W. Kälin. 1988. *Ursachenbekämpfung: Chancen und Grenzen der Entwicklungshilfe*. Unveröffentlichtes Referat zur Tagung "Zuwanderer aus der Dritten Welt", Bern.

Eine Monographie zum Thema stammt von R. Burri und B. Sigrist. 1991. *Entwicklung und Migration. Schweizerische Handlungsinitiativen als Migrationsdeterminanten?* Lizentiatsarbeit an der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern.

¹² Damit ist nur ein Teil der vielfältigen Vorschläge und Initiativen abgehandelt. Vollständiger sind die Diskussionen in J. Blaschke. 1994. East-West migration in Europe and the role of international aid in reducing the need for emigration. In: W. Böhnig und M.-L. Schloeter-Paredes, *op. cit.* Ebenso: H. Breier. 1994. Development and migration: the role of aid and co-operation. In: OECD, *op. cit.* Ein älterer Beitrag stammt von G. Tapinos. 1991. Development assistance strategies and emigration pressure in Europe and Africa. In: S. Díaz-Briquets und S. Weintraub (Hg.), *The effects of receiving country policies on migration flows*. Boulder: Westview Press.

¹³ Innerhalb des UNO-Systems begannen die Diskussionen mit einem deutschen Vorschlag zur Fluchtprävention von 1980; siehe der Bericht der Group of Governmental Experts on International Co-operation to Avert New Flows of Refugees (UN 1986, A/41/324). Allgemein dazu G. Lachenmann und U. Otzen. 1981. *Die Weltflüchtlingsproblematik – eine Herausforderung für die Entwicklungspolitik*. Berlin: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik. United Nations High Commissioner for Refugees. 1993. *The state of the world's refugees: The challenge of protection*. New York: Penguin Books. A. Suhrke. 1994. Towards a comprehensive refugee policy: Conflict and refugees in the post-Cold War world. In: W. Böhnig und M.-L. Schloeter-Paredes, *op. cit.*

¹⁴ Dies stellt eine der wenigen unumstrittenen Resultate der vergleichenden Politologie dar.

¹⁵ Zur Beziehung zwischen Menschenrechten und Fluchtprävention siehe u.a. S. Aga Khan. 1981. *Study on human rights and mass exoduses*. Genf: UNO.

¹⁶ Vgl. zu den Ursachen ethnischer Konflikte und Kriege A. Wimmer. Interethnische Konflikte. Ein Beitrag zur Integration aktueller Forschungsansätze. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 47(3):464-493. Zur Zunahme ethnischer Konflikte seit Ende des Kalten Krieges siehe die quantitative Analyse von T. Gurr. 1994. Peoples against the state: Ethnopolitical conflict in the changing world system. In: *International Studies Quarterly* 38:347-377.

¹⁷ Ch. Scherrer. 1994. *Ethno-Nationalismus als globales Phänomen. Zur Krise der Staaten in der Dritten Welt und der früheren UDSSR*. INEF (Institut für Entwicklung und Frieden der Universität-GH-Duisburg) Report 6, S. 74. Eine aktuelle Liste der Minderheitenkonflikte in Osteuropa (OSZE-Länder) findet sich in P. Schlotter. 1995. Von der KSZE zur OSZE: Marginalisierung oder neue Aufgaben. In: *Jahrbuch Frieden 1996. Konflikte, Abrüstung, Friedensarbeit*. München: Beck, S. 122ff.

¹⁸ Zu diesem Schluss kommt A. Zolberg. 1983. The formation of new states as a refugee-generating process. In: G. Loescher und J. Scanlan, *The global refugee problem: U.S. and world response*. The Annals of the American Academy of Political and Social Science 467. Siehe auch A. Zolberg, A. Suhrke und S. Aguayo. 1986. International factors in the formation of refugee movements. In: D. Gallagher (Hg.), *Refugees: Issues and directions*. In: *International Migration Review* 20:161ff.

Allgemein zum Zusammenhang zwischen ethnischen Konflikten und Migration siehe auch N.L. Gonzalez und C.S. McCommon (Hg.), *Conflict, migration, and the expression of ethnicity*. Boulder: Westview Press.

¹⁹ Der Politologe Gurr zeigt in einer umfassenden statistischen Untersuchung, dass Demokratisierung zwischen 1975 und 1986 in Ländern der Dritten Welt den Effekt hatte, dass sich ethno-nationalistische Konflikte eher noch aufschaukelten. Häufig endete dies in einer Reautoritarisierung des politischen Systems. T. Gurr. 1993. Why minorities rebel: A global analysis of communal mobilization and conflict since 1945. In: *International Political Science Review* 14:161-201, insbes. S. 184f. Siehe auch für Afrika D. Rothchild. 1995. Ethnic bargaining and state breakdown in Africa. In: *Nationalism and Ethnic Politics* 1:54-72.

²⁰ Zur Präventivdiplomatie im Rahmen des UN-Systems siehe beispielsweise International

Alert. 1993. *Preventive diplomacy: A UN/NGO partnership in the 1990s*. London: International Alert.

²¹ Siehe dazu Drüke, *op. cit.*, Kap. 4.

²² Zur Bedeutung von Frühwarnsystemen für die Konfliktprävention siehe K. Rupesinghe und M. Kuroda (Hg.), *Early warning and conflict resolution*. London: Macmillan.

²³ Zur Rolle der OSZE bei der Prävention ethnisch-nationaler Konflikte siehe A. Bloed. 1993. The CSCE and the protection of national minorities. In: A. Philips und A. Rosas (Hrsg.), *The UN minority rights declaration*. London: Minority Rights Group International; J. Leatherman. 1994. The CSCE's (im)possibilities for preventive diplomacy in the context of ethnic conflict. In: *International Journal of Group Rights* 2(1):35-54.

Allgemein zur Konfliktprävention im Rahmen der OSZE: H. Honsowitz. 1994. Konfliktverhütung ist möglich: Innovative Wege der KSZE. In: *Internationale Politik und Gesellschaft* 4:364-372; B. Meyer und B. Moltmann (Hrsg.). 1994. *Konfliktsteuerung durch Vereinte Nationen und KSZE*. Frankfurt: Haag und Herrchen; P. Schlotter, N. Ropers, B. Meyer. 1994. *Die neue KSZE. Zukunftsperspektiven einer regionalen Friedensstrategie*. Opladen: Leske und Budrich.

²⁴ Zur gegenwärtigen Rechtslage osteuropäischer Minderheiten siehe die verschiedenen Aufsätze in F. Ermacora et al. (Hrsg.), 1993. *Volksgruppen im Spannungsfeld von Recht und Souveränität in Mittel- und Osteuropa*. Wien: Braumüller.

²⁵ Vgl. R. Linder. 1994. *Swiss democracy. Possible solutions to conflict in multicultural societies*. New York: St. Martin's Press.

²⁶ Marksteine dieser Entwicklung waren die Konferenzen ICARA I und II über die Flüchtlingsproblematik in Afrika, gemäss Wildgren, *op. cit.*, S. 8.

²⁷ Das DEH unterstützt auch die Ausarbeitung einer Studie, welche die Verknüpfung von Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe sowie friedenserhaltenden Massnahmen thematisiert. Sie wird unter dem Titel "The challenge of rebuilding warthorn societies – Problems of international assistance in conflict and post-conflict situations" vom UNRISD ausgearbeitet.

²⁸ Siehe die Schlussfolgerungen der United States Commission for the Study of International Migration and Cooperative Economic Development. 1990. *Unauthorized migration: An economic development response*. Washington.

²⁹ Nach Breier, *op. cit.*, S. 181.

³⁰ World Bank. 1992. *Global economic prospects and developing countries*. Washington: The World Bank.

³¹ Allerdings bestehen in nichteuropäischen Regionen auch umgekehrte Effizienzdifferenzen zwischen der Landwirtschaft entwickelter und unterentwickelter Länder. Beispielsweise ergaben Schätzungen, dass eine vollständige Liberalisierung des Maishandels zwischen Mexiko und den USA, wie er im Rahmen der NAFTA-Verhandlungen zur Diskussion stand, je nach Berechnung zwischen 650 und 800 Tausend Migranten "freisetzen" würde, wovon drei Viertel in die USA auszuwandern versuchen würden (nach P. Hinojosa Ojeda. 1994. The North American Free Trade Agreement and migration. In: OECD, *op. cit.*)

³² Einen Überblick über die Verstärkung protektionistischer Tendenzen der achtziger und frühen neunziger Jahre gibt OECD. 1992. *Progress in structural reform*. Paris: OECD.

³³ Siehe A. Richards. 1994. Trade liberalisation and migration flows: some evidence from developing countries. In: OECD, *op. cit.* Ähnlich argumentieren S.S. Russell und M.S. Teitelbaum. 1991. *International migration and international trade*. Manuskript, Weltbank.

³⁴ Siehe United States Commission, *op. cit.* Ebenso die ILO-Studie von U. Hiemenz und K.W. Schatz. 1979. *Trade in place of migration: An employment-oriented study with special reference to the Federal Republic of Germany, Spain and Turkey*. Genf: ILO.

³⁵ Siehe Breier, *op. cit.*, S. 182f. Das Programm des japanischen MITI wird beschrieben in S. Ito. 1994. Japanese direct investment in selected Asian countries and its impact on migration. In: OECD, *op. cit.*, S. 168.

³⁶ Nach S. Ito, *op. cit.*

³⁷ Zum Vergleich: die offiziell erfassten Rücküberweisungen von Migranten in diese vier Länder betrugen im Jahre 1990 2.5 Milliarden US\$, gemäss Ito, *op. cit.*

³⁸ Siehe dazu auch die frühe Studie von D. Maillat, C. Jeanrenaud und J.P. Widmer. 1977. Transfert d'emplois vers les pays qui disposent d'un surplus de main-d'oeuvre comme alternative aux migrations internationales: le cas de la Suisse. Genf, ILO, Manuskript.

³⁹ Gemäss deutschen Schätzungen, zitiert in einem *Bericht der Interdepartementalen*

²⁹ Nach Breier, *op. cit.*, S. 181.

³⁰ World Bank. 1992. *Global economic prospects and developing countries*. Washington: The World Bank.

³¹ Allerdings bestehen in nichteuropäischen Regionen auch umgekehrte Effizienzdifferenzen zwischen der Landwirtschaft entwickelter und unterentwickelter Länder. Beispielsweise ergaben Schätzungen, dass eine vollständige Liberalisierung des Maishandels zwischen Mexiko und den USA, wie er im Rahmen der NAFTA-Verhandlungen zur Diskussion stand, je nach Berechnung zwischen 650 und 800 Tausend Migranten "freisetzen" würde, wovon drei Viertel in die USA auszuwandern versuchen würden (nach P. Hinojosa Ojeda. 1994. The North American Free Trade Agreement and migration. In: OECD, *op. cit.*)

³² Einen Überblick über die Verstärkung protektionistischer Tendenzen der achtziger und frühen neunziger Jahre gibt OECD. 1992. *Progress in structural reform*. Paris: OECD.

³³ Siehe A. Richards. 1994. Trade liberalisation and migration flows: some evidence from developing countries. In: OECD, *op. cit.* Ähnlich argumentieren S.S. Russell und M.S. Teitelbaum. 1991. *International migration and international trade*. Manuskript, Weltbank.

³⁴ Siehe United States Commission, *op. cit.* Ebenso die ILO-Studie von U. Hiemenz und K.W. Schatz. 1979. *Trade in place of migration: An employment-oriented study with special reference to the Federal Republic of Germany, Spain and Turkey*. Genf: ILO.

³⁵ Siehe Breier, *op. cit.*, S. 182f. Das Programm des japanischen MITI wird beschrieben in S. Ito. 1994. Japanese direct investment in selected Asian countries and its impact on migration. In: OECD, *op. cit.*, S. 168.

³⁶ Nach S. Ito, *op. cit.*

³⁷ Zum Vergleich: die offiziell erfassten Rücküberweisungen von Migranten in diese vier Länder betrugen im Jahre 1990 2.5 Milliarden US\$, gemäss Ito, *op. cit.*

³⁸ Siehe dazu auch die frühe Studie von D. Maillat, C. Jeanrenaud und J.P. Widmer. 1977. Transfert d'emplois vers les pays qui disposent d'un surplus de main-d'oeuvre comme alternative aux migrations internationales: le cas de la Suisse. Genf, ILO, Manuskript.

³⁹ Gemäss deutschen Schätzungen, zitiert in einem *Bericht der Interdepartementalen*

Arbeitsgruppe für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 12. Juni 1991.

Die gesamte internationale öffentliche Entwicklungshilfe an sämtliche Länder der Welt betrug dagegen im Jahre 1981 43 Milliarden US\$, jene der Schweiz rund 440 Millionen Franken.

⁴⁰ Weintraub und Díaz-Briquets, *op. cit.*, S. 140.

⁴¹ International Labour Office. 1994. *World Labour Report 1994*, no. 7. Genf: ILO, S. 25.

⁴² Der Minimalwert entspricht dem, was von japanischen Firmen in Südostasien pro Arbeitsplatz investiert wurde (berechnet nach Ito, *op. cit.*). Der obere Wert entspricht Schätzungen für Mittelamerika von S. Weintraub und S. Díaz-Briquets. 1994. The use of foreign aid for reducing incentives to emigrate from Central America. In: W. Böhnig und M.-L. Schloeter-Paredes, *op. cit.*, S. 140. Bel Hadj Amor schätzt die Investitionskosten pro Arbeitsplatz in Tunesien auf 50'000. M. Bel Hadj Amor. 1994. International aid to reduce the need or emigration: The Tunisian case. In: W. Böhm und M.-L. Schloeter-Paredes, *op. cit.*, S. 173.

⁴³ United Nations. 1992. *World investment report 1992. Transnational corporations as engines of growth*. New York: UN.

⁴⁴ Insgesamt wanderten zwischen 1820 und 1914 300'000 Schweizer und Schweizerinnen in die USA aus. Die Zahlen stammen aus L. Potts. 1988. *Weltmarkt für Arbeitskraft. Von der Kolonisation Amerikas bis zu den Migrationen der Gegenwart*. Hamburg: Junius, S. 164.

⁴⁵ Einen hervorragenden Überblick über die Migrationsbewegungen in und aus der Schweiz gibt W. Haug. 1995. *Vom Einwanderungsland zur multikulturellen Gesellschaft. Grundlagen für eine schweizerische Migrationspolitik*. Bern: Bundesamt für Statistik.

⁴⁶ Siehe P. Eng Fong. 1994. Labour migration, economic development and regionalization in the Pacific Asian Region. In: OECD, *op. cit.*, S. 256.

⁴⁷ G. Schiller. 1994. Reducing emigration pressure in Turkey: Analysis and suggestions for external aid. In: W. Böhm und M.-L. Schloeter-Paredes, *op. cit.*

⁴⁸ G. Ranis. 1994. International migration and foreign assistance: The case of the Philippines. In: W. Böhm und M.-L. Schloeter-Paredes, *op. cit.* Ähnlich D. Turnham. 1994. Rural development politics and their effects on migration. In: OECD, *op. cit.*

⁴⁹ W.T.M. Molle, J. de Koning und C.Th. Zandvliet. 1984. Can foreign aid reduce East-West

migration in Europe, with particular reference to Poland? In: W. Böhm und M.-L. Schloeter-Paredes, *op. cit.*

⁵⁰ Ch. Daum. 1995. *Les migrants, partenaires de la coopération internationale: Le cas des Maliens de France*. Centre de Développement de l'OCDE, Document Technique No. 107. Paris: OECD. Weitere Hinweise zu einem deutschen Projekt in der Türkei in G. Schiller, *op. cit.*, S. 219.

⁵¹ Breier, *op. cit.*

⁵² Dazu J. Groenfeldt. 1986. Analyzing irrigation's impact in Northwest India: An ethnographic approach. In: E. C. Green (Hg.), *Practicing development anthropology*. Boulder: Westview Press. Dass dieser Effekt eher die Ausnahme darstellt und ländliche Entwicklungsprogramme üblicherweise die Land-Stadt-Wanderung kaum zu bremsen vermögen zeigt R. Rhoda. 1981. Rural development and urban migration: Can we keep them down to the farm? In: *International Migration Review* 17(1):34-64.

⁵³ Siehe beispielsweise S. Montes Mozo und J. J. Garcia Vasquez. 1988. *Salvadoran migration to the United States: An exploratory study*. Hemisphere Migration Project, Center for Immigration Policy and Refugee Assistance. Georgetown University, Washington. Ebenfalls S. P. Wallace. 1986. Central American and Mexican immigrant characteristics and economic incorporation in California. In: *International Migration Review* 20:657-671. Für die Tamilen in der Schweiz siehe C. Meier-Mesquita. 1993. Determinanten der Rückkehrwilligkeit: Eine Pilotstudie unter tamilischen Flüchtlingen aus Sri Lanka. In: W. Kälin und R. Moser (Hg.), *Migrationen aus der Dritten Welt. Ursachen – Wirkungen – Handlungsmöglichkeiten*. Bern: Haupt.

⁵⁴ Dass im Zuge von Entwicklungsprozessen Migration zunächst einmal eher zunimmt, zeigen alle einschlägigen Studien, so P. Gregory. 1991. The determinants of international migration and policy options for influencing size of population flows. In: S. Díaz-Briquets und S. Weintraub (Hg.), *Determinants of emigration from Mexico, Central America, and the Caribbean*. Boulder: Westview Press. Ebenso: D. Massey. 1991. Economic development and international migration in comparative perspective. In: S. Díaz-Briquets und S. Weintraub (Hg.), *Determinants of emigration from Mexico, Central America, and the Caribbean*. Boulder: Westview Press.